



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Graz, am 11.10.2021
MR-BEIRAT_AG_WKM 2021/KS/WT/18

Menschenrechtliche Wahlkampfbeobachtung der Grazer Gemeinderatswahl 2021

Bericht der Arbeitsgruppe des Grazer Menschenrechtsbeirates im Auftrag des Gemeinderates und des Stadtsenates

Der Grazer Menschenrechtsbeirat hat im Gemeinderatswahlkampf insgesamt **21 unterschiedliche Themenbereiche** identifiziert, die von **14 wahlwerbenden** Parteien und Initiativen diskutiert werden (Die gesamte Liste der analysierten Themen und Diskurse unter <http://wahlkampfbarometer-graz.at>).

Diese Themen werden in **7 Hauptthemenbereiche** nach den Kriterien der menschenrechtlichen Bedeutsamkeit, der Frequenz und der kommunalpolitischen Relevanz zusammengefasst.

Menschenrechtliche Themen

Aufgrund der unmittelbaren menschenrechtlichen Relevanz wurde das Thema Wohnen in unterschiedlichen Aspekten vom Menschenrechtsbeirat als wichtigstes Thema identifiziert. Dieses Thema ist eng mit den kommunalpolitischen Themen Stadtplanung, Umwelt, Verkehr und öffentlicher Raum verbunden. Zu dieser Themengruppe ist anzumerken, dass sich dazu in erster Linie indirekt Menschenrechtsfragen ergeben. Der Themenbereich Soziales und Gesellschaft, Armut, Familie sowie Gesundheit wurde zu einem Themenblock zusammengefasst. Als jeweils spezifische Themen wurden Kinder und Jugendliche, sowie Frauenrechte behandelt. Demokratie, Transparenz und Partizipation bilden einen weiteren Themenbereich. Abschließend wurden die Diskurse zu Migration und Integration analysiert.

Der Themenbereich Stadtplanung, Verkehrspolitik, Klimaschutz und öffentlicher Raum war mit Abstand der am häufigsten diskutierte Bereich. Er ist von hoher kommunalpolitischer Relevanz. Der Menschenrechtsbeirat begrüßt die Fokussierung auf die eigene Zuständigkeit und Gestaltungsmöglichkeit. Gerade für eine stark wachsende Stadt und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels und im Lichte der urbanen Resilienz ist dieser Diskurs von langfristiger Tragweite. Es geht um die Frage, wie wir langfristig leben wollen und welche kommunale Infrastruktur dafür notwendig ist. Menschenrechtsfragen zu diesem Themenkomplex stellen sich hauptsächlich indirekt. Diese Themenbereiche sind vordergründig technischer und gesellschaftlicher Natur, aber erzeugen in ihren jeweiligen Ausprägungen menschenrechtlich relevante Auswirkungen. Der öffentliche Verkehr als solcher ist kein Menschenrecht, dass ihn aber alle gleichermaßen und ungehindert benutzen können (Junge, Alte, Frauen, Menschen mit Behinderung, etc.) ist von höchster menschenrechtlicher Bedeutung. Die Diskurse zu diesem Themenkomplex werden daher unter dem Blickwinkel ihrer menschenrechtlichen Auswirkungen betrachtet. Insgesamt werden 30 politische Diskurse behandelt.

Die Arbeitsgruppe Wahlkampfbeobachtung des Menschenrechtsbeirates erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit dieser Analyse. Diese kann aufgrund der vielen Wahlwerbenden, der Vielzahl an Themen und unterschiedlichster Kommunikationskanäle nicht gewährleistet werden.

Die Gesamtbewertung auf Basis des analysierten Materials ergibt für die 7 Themenbereiche 24 grüne, 5 gelbe und 1 rote Ampel.

Themen, menschenrechtliche Diskurse und Ampelbewertung

1. Wohnen

a) *Worüber wird diskutiert?*

- Schaffung von kommunalem Wohnraum (ÖVP, KPÖ, FPÖ, SPÖ, FBP, THC, Grüne)
- Leerstandserhebung/Leerstandsabgabe (ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne, FPÖ)
- Zugang zu kommunalem Wohnraum (FPÖ, Grüne, KPÖ)
- Bedarfsorientierter Wohnraum für besondere Gruppen (ältere Menschen, junge Menschen, Menschen mit Behinderung, Generationen, Frauen) (KPÖ, SPÖ, FPÖ, THC, ÖVP, Grüne)
- Unterstützung bei Wohnkosten (KPÖ, Grüne)
- Mietzinsobergrenzen (KPÖ)
- Delogierungsstopp (KPÖ, SPÖ)
- barrierefreies Wohnen ausbauen (ÖVP, THC)
- Keine Erhöhung der Gemeindemieten (KPÖ)

b) *Menschenrechtlich relevante Diskurse und Subdiskurse*

- **Recht auf Wohnen** (Verfügbarkeit, Rechtssicherheit, Leistbarkeit, Barrierefreiheit, Qualität und Wohnumfeld) (ÖVP, KPÖ, SPÖ, FPÖ, Grüne, FBP, THC)
 - o Zugang zu Wohnraum (FPÖ, Grüne, KPÖ, ÖVP)

c) *Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Kriterienkatalog im Grundsatzdokument)*

Grün für den gesamten Diskurs zum Recht auf angemessenes Wohnen aus menschenrechtlicher Sicht. In der einen oder anderen Form wurden alle Aspekte des Rechts auf angemessenen Wohnraum angesprochen und diskutiert, insbesondere zum bedarfsorientierten Wohnraum. Dazu kommt, dass die diskutierten Vorschläge sehr konkret sind und auf Umsetzbarkeit gerichtet waren.

Gelb. Ein Spezialfall war der von der FPÖ geforderte Vorrang für Grazerinnen und Grazer. Der geforderte Ausschluss von Ausländer:innen vom Zugang zu Gemeindewohnungen wird gesondert unter Punkt 7 Integration bewertet. Unabhängig davon, ist die Forderung menschenrechtlich bedenklich unter den gegebenen Umständen: Graz wächst stark und verfügbarer und leistbarer Wohnraum ist knapp. Aus menschenrechtlicher Sicht sind öffentliche Leistungen allen gleichermaßen bereit zu stellen, so fern eine sachliche Rechtfertigung fehlt. Von der vorgeschlagenen Regelung ist eine große Gruppe von Menschen, die in Graz arbeiten, studieren oder aufgrund von familiären Verpflichtungen nach Graz übersiedeln, betroffen. Daher Gelb.

2. Soziales und Gesellschaft

a) *Worüber wird diskutiert?*

Soziales und Gesellschaft

- Zusammenleben, gesellschaftliche Werte, Menschenrechtsstadt (SPÖ, ÖVP, KPÖ)
- Gewaltschutz (FPÖ, SPÖ, Grüne, Piraten, ÖVP, KPÖ)
- Rechte und Maßnahmen für bestimmte Gruppen (Menschen mit Behinderung, LGBTIQI, Frauen) (ÖVP, SPÖ, KPÖ)
- Nachbarschaftsprojekte, Stadtteilarbeit (ÖVP, KPÖ, Grüne, SPÖ)
- Integrationsmaßnahmen, Religion, Werte (ÖVP, SPÖ, KPÖ, THC, Graz im Herzen)

Gesundheit, Pflege, Generationen, COVID

- Alter, Altenpflege (KPÖ, SPÖ, ÖVP, FBP)

- Infrastruktur von Pflege-/Gesundheitsdienstleistungen, Zugang, besondere Angebote (psychische Gesundheit) (KPÖ, FPÖ, SPÖ)
- Gesundheitsdrehscheibe (KPÖ)
- Angebote für besondere Gruppen (Männer, Frauen, Geflüchtete) (ÖVP, KPÖ, SPÖ, FPÖ, Piraten)
- Drogen- und Glücksspielsucht (FPÖ, KPÖ, Piraten)
- Pflicht zur COVID-19 Schutzimpfung, Auswirkungen der Schutz-/Hygienemaßnahmen (FPÖ, Basis, Graz im Herzen, FBP, THC)

Armut / soziale Unterstützung

- Modelle der finanziellen Absicherung (Minderversicherung, Grundeinkommen) (SPÖ, KPÖ, Piraten)
- Sozialhilfemaßnahmen der Stadt und Infrastruktur (KPÖ, SPÖ, Grüne)
- Rechtsanspruch auf Hilfe bei sozialem Notstand (SPÖ)
- Absicherung bei Heizkostenzuschuss (KPÖ, THC)
- Kinderbetreuungstarife reduzieren (KPÖ)
- Sozialleistungen für Migrant:innen (ÖVP, FPÖ)
- Armut bei besonderen Gruppen (ältere Menschen, Kinder, Familien) (KPÖ, SPÖ, FPÖ, FBP)

Familie

- Kinderbetreuungsmaßnahmen (ÖVP, SPÖ, NEOS, KPÖ, Grüne, FBP)
- Finanzielle Unterstützung für Familien, Alleinerziehenden (FPÖ, SPÖ, ÖVP, FBP)
- Familie und Ehe (FPÖ)

Arbeit

- Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit (KPÖ, Grüne, SPÖ, ÖVP)
- Löhne und Gehälter (KPÖ, SPÖ)
- Arbeitsmarktintegration für Migrant:innen (FPÖ, ÖVP)
- Maßnahmen für besondere Gruppen: junge Menschen, Lehrlinge (ÖVP, FPÖ, SPÖ)
- Inklusionsmaßnahmen (SPÖ, ÖVP, KPÖ)

Bildung

- Zugang zu Bildung, Chancengleichheit (SPÖ, KPÖ, Basis)
- Digitale Schule (ÖVP, SPÖ, Piraten, KPÖ, FPÖ)
- Infrastruktur des Bildungswesens (ÖVP, SPÖ)
- Angebote für besondere Gruppen (ältere Menschen, Migrant:innen) und Berufsgruppen (Pflege, Lehrlinge) (ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne, Graz im Herzen)
- Barrierefreiheit und Inklusion (SPÖ, KPÖ)
- Unterrichtsgestaltung (KPÖ, SPÖ, FPÖ, ÖVP)
- Integration, Werte, Religion (NEOS, FPÖ, ÖVP)
- Deutsch als Muttersprache in Schulen als Ausgangspunkt für "Eine Ausweitung des ‚Heimvorteils‘ auf sämtliche Sozialleistungen der Stadt"

Kunst, Kultur

- Gesellschaftliche Wichtigkeit von Kunst, Kultur und Sport, insb. Auch für Menschen mit Behinderung (FPÖ, SPÖ, Basis)
- Rahmenbedingungen für Kunst-/Kulturschaffende (Förderung, Bezahlung, Auflagen) auch für besondere Gruppen (ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne)
- Erinnerungs-/Gedenkkultur (ÖVP, Grüne, SPÖ)
- Öffentliche Einrichtungen (Bibliotheken, Museen) (ÖVP, SPÖ, KPÖ)
- Volkskultur und Tradition, Brauchtum (FPÖ, Graz im Herzen)

b) Menschenrechtlich relevante Diskurse und allenfalls Subdiskurse

- **Sozialer Zusammenhalt, Nicht-Diskriminierung** (ÖVP, KPÖ, Grüne, SPÖ)
 - o Integration (ÖVP, SPÖ, KPÖ, THC, Graz im Herzen)

- **Recht auf Gesundheit** (Infrastruktur: Zugang, Leistbarkeit, Verfügbarkeit, Qualität) (KPÖ, FPÖ, SPÖ, ÖVP, Piraten)
 - o Integration (FPÖ)
- **Alter, Generationen** (KPÖ, FPÖ, FBP)
- **Soziale Sicherheit** (Absicherung, Hilfsmaßnahmen) (KPÖ, SPÖ, Piraten, FPÖ, FBP)
 - o Integration (ÖVP, FPÖ)
- **Vereinbarkeit Familie/Beruf, Kinderbetreuung** (ÖVP, SPÖ, NEOS, KPÖ, FPÖ, Grüne, FBP)
- **Arbeit** (angemessene Rahmenbedingungen und Vergütung) (KPÖ, Grüne, SPÖ, ÖVP)
 - o Integration (ÖVP, FPÖ)
 - o Inklusion Menschen mit Behinderung (SPÖ, ÖVP, KPÖ)
- **Bildung** (Zugang, Teilhabe, Qualität) (SPÖ, KPÖ, Basis, ÖVP, FPÖ, Grüne)
 - o Inklusion Menschen mit Behinderung (SPÖ, KPÖ)
 - o Integration (SPÖ, ÖVP, KPÖ, NEOS, FPÖ, Graz im Herzen)

c) Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Grundsatzdokument, Kriterienkatalog)

Grün. Die Diskurse zum **gesellschaftlichen Zusammenhalt**, Positionen zu Nicht-Diskriminierung und **sozialer Sicherheit** der ÖVP, KPÖ, Grüne, SPÖ zeigen ein positives Verständnis zu Vielfalt und zur Absicherung auch der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft, es sind immer Alle von den jeweiligen Vorschlägen umfasst. Über Zugang, Leistbarkeit, Verfügbarkeit, Qualität der **Gesundheitsleistungen** werden die Diskurse von KPÖ, FPÖ, SPÖ, ÖVP, Piraten, ebenso wie die Diskurse zu **Alter und Generationen** (KPÖ, FPÖ, FBP) als menschenrechtsfördernd in ihren sachlichen Aspekten bewertet. Ausnahme auch hier die Benachteiligung von Ausländer:innen seitens FPÖ bzw. FBP (Bewertung dazu unter 7.) Eine **Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie Kinderbetreuung** wird von allen Parteien gefordert und mit grün bewertet. KPÖ, Grüne, SPÖ, ÖVP führen menschenrechtsfördernde Diskurse zu angemessenen Rahmenbedingungen und Vergütung von **Arbeit**. Insbesondere wird auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung (SPÖ, ÖVP, KPÖ) angesprochen. Dasselbe gilt für die **Bildung** (Zugang, Teilhabe, Qualität), hier wird nur von SPÖ und KPÖ auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung thematisiert.

Gelb. Deutsch als Muttersprache in Schulen wurde seitens der FPÖ als Ausgangspunkt für "eine Ausweitung des ‚Heimvorteils‘ auf sämtliche Sozialleistungen der Stadt" auf dem Rücken der betroffenen Schulkinder missbraucht. Dieser Diskurs ist nicht neu und wurde bereits 2017 mit einer roten Ampel bewertet. 2021 eine gelbe Ampel, weil der Diskurs lediglich ein Teilstrang des gesamten „Heimvorteildiskurses“ geführt wurde, das ändert aber nichts an seiner besonders rassistischen Tendenz, wurden damit die schwächsten Gesellschaftsmitglieder, die nicht frei wählen können, getroffen.

3. Kinder und Jugendliche

a) Worüber wird diskutiert?

- Kinderrechtstadt, öffentlicher Raum, Ressourcen investieren (ÖVP, KPÖ, FPÖ, Grüne, SPÖ, NEOS)
- Maßnahmen im öffentlichen Raum, Spiel-/Sport/Freizeitangebote (ÖVP, SPÖ, KPÖ)
- Maßnahmen im Bildungsbereich, Chancengleichheit, Unterricht (KPÖ, SPÖ, Piraten, FPÖ)
- Armut bei Kindern, Jugendlichen, Familien (FBP, KPÖ, SPÖ, ÖVP)
- Teilhabemöglichkeiten in der Stadtplanung (SPÖ, Piraten, Grüne, ÖVP, KPÖ)

b) Menschenrechtlich relevante Diskurse und allenfalls Subdiskurse

- **Kinderfreundliche Stadt** (Infrastruktur) (ÖVP, KPÖ, FPÖ, Grüne, SPÖ, NEOS)

- **Sozialleistungen** (FBP, KPÖ, SPÖ, ÖVP)
- **Partizipation** (SPÖ, Piraten, Grüne, ÖVP, KPÖ)
- **Bildung** (Zugang, Teilhabe, Leistbarkeit, Qualität) (KPÖ, SPÖ, Piraten, FPÖ)
 - o Integration (FPÖ, ÖVP)

c) Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Grundsatzdokument, Kriterienkatalog)

Grün. Die Diskurse zur **kinderfreundlichen Stadt**, der **Partizipation** von Kindern und Jugendlichen (SPÖ, Piraten, Grüne, ÖVP, KPÖ) und zu Zugang, Teilhabe, Leistbarkeit, und Qualität von **Bildung** wurden insgesamt positiv bewertet. Zur Präferenz der FPÖ für Inländer:innen siehe 2 und 7.

4. Frauen

a) Worüber wird diskutiert?

- Frauenquoten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft (ÖVP, SPÖ, Grüne)
- Gewaltschutz und Prävention (KPÖ, SPÖ, Grüne, Piraten, FPÖ, Satirepartei)
- Gleichstellung in der Arbeitswelt (SPÖ, Grüne, KPÖ)
- Sexualpädagogische Gesundheit und Hygiene (SPÖ, Piraten)
- Angebote für Migrant:innen zur Integration (SPÖ, ÖVP)
- Gendergerechter öffentliche Raum (Grüne, SPÖ)
- Sprache (FPÖ)

b) Menschenrechtlich relevante Diskurse und allenfalls Subdiskurse

- **Gleichstellung** (Arbeitswelt, Politik, Wirtschaft, Verwaltung) (ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ)
- **Gewaltschutz** und Prävention (KPÖ, SPÖ, Grüne, Piraten, FPÖ, Satirepartei)
- **Gesundheit** (SPÖ, Piraten)
- **Repräsentation** (Öffentlicher Raum, Sprache) (SPÖ, Grüne, FPÖ)
- **Integration** (SPÖ, ÖVP)

c) Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Grundsatzdokument, Kriterienkatalog)

Grün. Gleichstellung in der Arbeitswelt, der Politik, in Wirtschaft und Verwaltung wurden von ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ gefordert und mit konkreten Umsetzungsvorschlägen versehen. **Gewaltschutz** und Prävention wurden von KPÖ, SPÖ, Grüne, Piraten, FPÖ, Satirepartei thematisiert. **Repräsentation** (Öffentlicher Raum, Sprache) wurden von SPÖ und Grüne diskutiert.

Gelb. Die FPÖ lehnte geschlechtergerechte Sprache ausdrücklich ab. Da diese Forderung auch Auswirkungen auf die Sprachregelung der öffentlichen Hand hat, stellt die Ablehnung eine unmittelbare Teilhabeverweigerung dar.

5. Demokratie, Transparenz, Partizipation und Wahlkampf

a) Worüber wird diskutiert?

- Wahlrecht (KPÖ)
- Besetzung und Kompetenzen von Entscheidungsgremien in Politik und Wirtschaft (KPÖ, SPÖ, Piraten)
- Maßnahmen zur Bürger:innenbeteiligung, auch für Migrant:innen (KPÖ, SPÖ, Grüne, NEOS, Piraten, FBP, Erde, Basis, Satirepartei)
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (ÖVP, KPÖ, SPÖ, Piraten, NEOS)

- Bürger:innenbudget (Grünen, ÖVP, Piraten, NEOS)
- Demonstrationsverbot während Geschäftszeiten (FPÖ)
- Transparenz bei politischen Prozessen, Transparenz in der Stadtverwaltung (NEOS, Grüne, Piraten, Basis)
- Privatsphäre und Datenschutz (Piraten, NEOS, KPÖ)
- Politiker:innen und politische Parteien (Förderung, Finanzierung, Bezüge, Funktionsperiode) (KPÖ, Grüne, NEOS, Piraten)
- Schulden und Steuern (NEOS, FBP)
- Digitalisierung der Stadtverwaltung/Dienstleistungen, Datenschutz (ÖVP, SPÖ, NEOS, Piraten)
- Schutz der Grund- und Freiheitsrechte mit Bezug auf die Corona Maßnahmen (THC, FPÖ)
- Systemkritik, Kapitalismuskritik, EU Mitgliedschaft (KPÖ, ÖVP, FPÖ)

b) Menschenrechtlich relevante Diskurse und allenfalls Subdiskurse

- **Bürger:innenbeteiligung** (direkt und indirekt) (KPÖ, ÖVP, SPÖ, Grüne, NEOS, Piraten, FBP, Erde, Basis, Satirepartei)
- **Recht auf Versammlungsfreiheit** (FPÖ)
- **Recht auf Information, Transparenz** (Piraten, NEOS, KPÖ, Grüne, Basis)
- **Datenschutz und eGovernment**
- **Grundrechtsdiskurs betreffend die Coronamaßnahmen** (THC, FPÖ)

c) Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Grundsatzdokument, Kriterienkatalog)

Grün. Die Diskurse über **Bürger:innenbeteiligung, Recht auf Information, Transparenz** sowie **Datenschutz und eGovernment** werden als menschenrechtsrelevant eingestuft.

Gelb. Die Forderung der FPÖ zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit auf Geschäftszeiten ist nicht verhältnismäßig und nicht notwendig in der Demokratie. Diese Forderung hätte in ihrer Umsetzung eine Einschränkung der in der Verfassung abgesicherten Grundrechte und Freiheiten zur Folge.

Zu erwähnen ist der **Grundrechtsdiskurs betreffend die Coronamaßnahmen** der Regierung. Der Menschenrechtsbeirat nahm von einer Bewertung Abstand, weil die Maßnahmen in erster Linie auf Bundesebene verabschiedet wurden.

Nicht bewertet, aber jedenfalls erwähnt wird einerseits das Parteiprogramm der Grazer KPÖ und andererseits der Diskurs über den „Linksruck“. Eine kommunistische Partei ist selbstverständlich kapitalismuskritisch, die Forderung von Enteignungen privaten Kapitals ist allerdings eine Forderung nach einem Eingriff in Menschenrechte, welcher auf lokaler Ebene nicht möglich ist. Auf der anderen Seite wurde insbesondere von der ÖVP in der letzten Phase eine Bildsprache im Wahlkampf gegenüber einer Mitbewerberin verwendet, die als angstschürend und geschmacklos eingestuft werden muss. Die entsprechenden Social Media Postings wurden inzwischen gelöscht.

6. Stadtplanung, Verkehrspolitik, Klimaschutz, öffentlicher Raum

a) Worüber wird diskutiert?

Stadtplanung

- Baugeschehen in der Stadt (ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ; Grüne, NEOS, FBP, THC, Graz im Herzen, Erde)
- Klimafreundliches Bauen, Begrünung, Entsiegelung (ÖVP, KPÖ, SPÖ, FPÖ, Grüne, Piraten, FBP, Graz im Herzen)
- Besondere Bedürfnisse im Bauwesen (Barrierefreiheit, ältere Menschen, Frauen) (KPÖ, Grüne)
- Digitalisierung (ÖVP, SPÖ, Piraten, KPÖ)
- Altstadt, Kulturerbe (FPÖ, KPÖ)

- Ausbau von Naherholungsgebieten (ÖVP, FPÖ)

Verkehr und Mobilität

- Öffentlicher Verkehr: Infrastruktur, Zugang (ÖVP, KPÖ, SPÖ, FPÖ, Grüne, NEOS, Graz im Herzen, Piraten, FBP)
- Maßnahmen zur „sanften Mobilität“ (Fußgänger, Radfahren) (ÖVP, FPÖ, KPÖ, SPÖ, Grüne, Piraten, Erde)
- Besondere Bedürfnisse diverser Gruppen (Barrierefreiheit, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche) (Grüne, SPÖ, KPÖ, Piraten)
- Klimafreundliche Mobilität (ÖVP, Grüne)

Umwelt und Klima

- Umwelt- und Naturschutz in der Stadt und im Alltag (FPÖ, Grüne, THC, KPÖ, ÖVP)
- Luftverschmutzung, Lärmbelästigung (Grüne, SPÖ, NEOS, KPÖ)
- Klimaschutz als gesellschaftliches Thema (Grüne, Erde)
- Wasser (Grüne, ÖVP)
- Klimaneutralität und dazugehörige Maßnahmen (Bauwesen, Energiequellen) (ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ)
- CO2 Reduktion in Grazer Schulen (Neos, FPÖ)

Öffentlicher Raum

- Konsumfreier öffentlicher Raum (Piraten, SPÖ, KPÖ, Erde)
- Verbotspolitik (Piraten, KPÖ, ÖVP)
- Spiel-/Freizeit und Sporteinrichtungen (ÖVP, SPÖ, KPÖ, FBP, THC)
- Gestaltung des öffentlichen Raumes nach Interessen von besonderen Gruppen (Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Frauen, Kinder und Jugendliche) (SPÖ, Grüne, ÖVP, Grüne, FPÖ)
- Sicherheit und Verhalten im öffentlichen Raum (SPÖ, Piraten)
- Nachbarschaft (ÖVP, Grüne, KPÖ)
- Infrastruktur ausbauen: Sportplätze, Hundewiesen, Sanitäranlagen (SPÖ, KPÖ, FBP, THC)
- Sicherheit im öffentlichen Raum verbunden mit Migrant:innen (FPÖ, FBP, THC)
- Exekutive, Polizei, Ordnungswache (FBP, THC, ÖVP, SPÖ, Piraten, FPÖ)
- Drogenhandel (FPÖ, FBP, THC)
- Betteln (FPÖ, FBP, THC)
- Nachbarschaftsdienste und Stadtteilzentren (Grüne, KPÖ)
- Aufhebung des Skateverbots, Regeln um Raum für Jugendliche zu schaffen (SPÖ, Grüne, Neos)
- Aufenthaltsqualität der Altstadt fördern und aufrechterhalten (ÖVP; SPÖ; KPÖ; FPÖ, Grüne, NEOS)

b) Menschenrechtlich relevante Diskurse und allenfalls Subdiskurse

- **Stadtentwicklung** (Wohnen, Wohnumfeld und Teilhabe) (ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ; Grüne, NEOS, FBP, THC, Graz im Herzen, Erde)
- **Mobilität** (Zugang, Verfügbarkeit, Teilhabe, Qualität) (ÖVP, KPÖ, SPÖ, FPÖ, Grüne, NEOS, Graz im Herzen, Piraten, FBP, Erde)
- **Umwelt- und Klimaschutz** (Gesundheit und Lebensqualität, Generationengerechtigkeit) (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, KPÖ, NEOS, THC, Erde)
- **Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums** (ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ, Grünen, Piraten, FBP, THC)

c) Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Grundsatzdokument, Kriterienkatalog)

Grün. In unterschiedlichen Aspekten wurden Themen um das Recht auf angemessenen Wohnraum angesprochen und diskutiert. Die sachlichen Forderungen und Vorschläge waren nicht zu bewerten, die Vorschläge sind aus menschenrechtlicher Sicht als eindeutig menschenrechtsfördernd zu bewerten. Die Ausnahme sind Äußerungen, in denen für bestimmte Zielgruppen Teilhabe und Zugang ausgeschlossen werden, diese werden unter 7. bewertet.

7. Migration, Integration und Staatsbürger:innenschaft

a) Worüber wird diskutiert?

- Migration und Zuwanderungspolitik (FPÖ, ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne, NEOS, THC)
- Rechte und Pflichten von Asylwerbenden (FPÖ)
- Multikulturelle Gesellschaft und Integrationsmaßnahmen (FPÖ, ÖVP, SPÖ, KPÖ, THC, Graz im Herzen)
- Maßnahmen zur Bürger:innenbeteiligung für Migrant:innen (KPÖ, Piraten)
- Sozialleistungen für Migrant:innen (ÖVP, FPÖ, SPÖ, KPÖ, Grüne)
- Zugang zu kommunalem Wohnraum (FPÖ, Grüne, KPÖ)
- Arbeitsmarktintegration für Migrant:innen (FPÖ, ÖVP)
- Bildungsangebote für besondere Gruppen (ältere Menschen, Migrant:innen) und Berufsgruppen (Pflege, Lehrlinge) (ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne, Graz im Herzen)
- Integrationsmaßnahmen, Religion, Werte (ÖVP, SPÖ, KPÖ, NEOS, FPÖ, THC, Graz im Herzen)
- Politischer Islam, Extremismus, Religion, Parallelgesellschaft (FPÖ, THC, ÖVP)
- Asylwerber:innen, Afghanistan (THC, FPÖ)
- Sicherheit im öffentlichen Raum verbunden mit Migrant:innen (FPÖ, FBP, THC)
- Drogenhandel (FPÖ, FBP, THC)
- Betteln (FPÖ, FBP, THC)

b) Menschenrechtlich relevante Diskurse und allenfalls Subdiskurse

- **Recht auf Wohnen** (KPÖ, Grüne, FPÖ)
- **Soziale Rechte** (alle)
- **Leben, Freiheit, Sicherheit** (Asylwesen, Aufnahme, Extremismus) (FPÖ, ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne, NEOS, THC)
- **Religion** (FPÖ, THC)
- **Politische Teilhabe und Meinungsäußerungsfreiheit** (KPÖ, Piraten, FPÖ, FBP, THC)
- **Diskriminierung aufgrund der Herkunft/Zugehörigkeit**

c) Menschenrechtliche Bewertung (gemäß Grundsatzdokument, Kriterienkatalog)

Grün. Die Diskurse zu **Integration von Menschen mit Migrationserfahrung oder Migrationsbiografie sowie deren gesellschaftlicher und politischer Teilhabe** über entsprechende Sozialleistungen, Bildungsangebote, Zugang zu Wohnraum, kulturelle Rechte der Parteien ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne, NEOS und Piraten waren vom Verständnis geprägt, dass die Stadtgesellschaft alle Menschen umfasst und soziale Resilienz nur in einem von Teilhabe geprägten Miteinander funktionieren kann. Soweit einer Bewertung zugänglich, lautet diese grün.

Gelb. FBP, THC und FPÖ führten Diskurse, die oben beschriebene Haltung nicht teilen, sondern davon ausgingen, dass gesamtgesellschaftliche Politik inländerdiskriminierende Politik sei. Sie propagierten eine ethnische Konstruktion von „Wir-und-die-anderen“. Drittens behandelten sie Sachpolitikthemen nur scheinbar, verwiesen schließlich thematisch hauptsächlich darauf, dass nicht allen alle Rechte

zuständen wie bei Gesundheitsversorgung oder gleichem Zugang zu Wohnraum. Ausländer:innen wurden als kriminell pauschaliert. Muslime wurden als religiös motiviert extremistisch verallgemeinert. Afghanen wurden als unerwünscht und pauschal als problematische Gruppe diffamiert. Sämtliche Themen und Diskurse im Kontext von Integration und Migration der genannten Parteien waren abwertend und ausschließend. Darüber hinaus war bei diesen Parteien in ihren Publikationen öfters eine sehr aggressive Bildsprache zu finden. Es fanden sich viele Aspekte wie ausgrenzende Forderungen (Migration ... stoppen, Ausgangssperre in Asylheimen, Streichung Taschengeld, Sozialleistung nur mit Gegenleistung), waren vorurteilsfördernd (Migration wird mit Betrug und Kriminalität gleichgesetzt), gesellschaftliche Spaltungstendenzen (pro –Asyl und Inklusion = gegen Österreich) wurden gefördert. Es wurden viel Kontrolle, ein verpflichtender Verhaltenskodex, eine Dokumentationspflicht und ähnliche gefordert.

Rot. Der von der FPÖ in der zweiten Plakatserie aufgebrachte Diskurs „**Heimvorteil**“ erfüllte sämtliche Kriterien eines **Wahlkampfs auf Kosten von Menschen**. Der Diskurs war weder kommunalpolitisch relevant, noch besteht ein Gestaltungsspielraum für Grazer Gemeinderatsparteien. Er war abwertend und ausgrenzend und bediente rassistische Haltungen allein aus dem Motiv der Stimmenmaximierung.

Der Menschenrechtsbeirat sieht folgende Kriterien als erfüllt an:

- Konstruktion von Minderwertigkeit bestimmter Gruppen und Ableitung von benachteiligenden Maßnahmen bzw. Herleitung von Privilegien für die „eigene“ Gruppe (Heimvorteil),
- Verwendung, Bestätigung und Erzeugung von Stereotypen und Vorurteilen,
- bildhafte „Entmenschlichung“ von Menschen(gruppen).

Der Diskurs wurde mit Absicht und Wissentlichkeit geführt und wurde einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und war in seiner Absicht den Adressaten eindeutig erkennbar. Der Diskurs „Heimvorteil“ der FPÖ war einerseits geeignet, Hass zu erzeugen und den sozialen Frieden zu gefährden und erfüllte andererseits den Tatbestand des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung der Präferenz einer ethnischen Gruppe in der Verwirklichung von Menschenrechten wie Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialer Sicherheit. Die Relativierung, es wären nur irregulär aufhältige Personen gemeint, alle anderen wären „herzlich willkommen“, zielt ins Leere, wenn in Betracht gezogen wird, dass sich diskriminierende Forderungen in beinahe allen thematischen Diskursen fanden.

Der Diskurs „Heimvorteil“ ist von der Arbeitsgruppe Wahlkampfmonitoring des Grazer Menschenrechtsbeirates aufgrund der dargelegten Gründe mit einer roten Ampel zu bewerten.